

Regel erhalten die Diplomaten vom Außenministerium des Aufenthaltsstaates einen Diplomatenausweis. An der Spitze des D. K. in einem Aufenthaltsstaat steht der Doyen. Die Mitglieder des D. K. genießen besondere diplomatische —* *Immunitäten und Privilegien*.

diplomatisches Protokoll: Gesamtheit der auf dem Staats- und Völkerrecht, auf internationalem Brauch und auf nationalen Traditionen und Besonderheiten beruhenden Regeln, die die äußeren Formen des zwischenstaatlichen Verkehrs bestimmen. Das d. P. regelt sowohl die Formen der Herstellung diplomatischer Beziehungen, des Beginns und des Endes diplomatischer Missionen sowie der Abfassung und Führung offizieller Korrespondenzen, als auch die von Staats- und anderen offiziellen Besuchen, von diplomatischen Empfängen, von internationalen Beratungen sowie die Fragen der Rangfolge innerhalb des —» *Diplomatischen Korps*, das Zeigen von Hoheitszeichen, das Spielen von Hymnen u.a.m. Das d.P. ist ein politisches Instrument der Diplomatie. Es widerspiegelt den Stand und die Perspektiven zwischenstaatlicher Beziehungen.

Diskontinuität —» *Kontinuität*

Diskriminierung: Benachteiligung oder Abwertung bestimmter Völker oder Staaten, ihrer Organe und Bürger im Vergleich zu anderen Völkern oder Staaten auf den verschiedensten Gebieten der internationalen Beziehungen (in der politischen Stellung, in den wirtschaftlichen Beziehungen, in der Achtung der Menschenrechte usw.). Die D. verstößt insbesondere gegen die Prinzipien der souveränen Gleichheit der Staaten, der Gleichberechtigung der Völker und der Pflicht zur Zusammenarbeit der Staaten in Übereinstim-

mung mit der Charta der UNO sowie gegen die Konventionen über die —* *Menschenrechte* und zahlreiche spezielle völkerrechtliche Regelungen. Auch in der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Helsinki 1975, haben sich deren Unterzeichnerstaaten ausdrücklich zur strikten Achtung der souveränen Gleichheit der Staaten, der Gleichberechtigung der Völker und der Menschenrechte bekannt. Die allgemeinen Prinzipien des internationalen Handels der Konferenz für Handel und Entwicklung, 1964, wie auch die Deklaration über die Schaffung einer *neuen internationalen Wirtschaftsordnung* und die —» *Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten* untersagen die D. im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Insbesondere ist dort das Verbot der D. auf Grund unterschiedlicher politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ordnungen niedergelegt. Dessen ungeachtet gehören Maßnahmen, die eine D. bestimmter Staaten oder Völker darstellen, zu den immer wieder angewandten Praktiken imperialistischer Staaten gegenüber ihnen nicht genehmen oder schwächeren Staaten oder Völkern. So betreiben diese Staaten eine Politik der D. auf politischem oder wirtschaftlichem Gebiet, z. B. auf dem Gebiet des Handels, gegenüber sozialistischen Staaten und ihren Bürgern sowie gegenüber um ihre Befreiung kämpfenden Völkern und befreiten Staaten. Demgegenüber treten die Mitgliedsländer des RGW für gleichberechtigte, diskriminierungsfreie internationale Wirtschaftsbeziehungen ein, die allen Staaten gleiche ökonomische Sicherheit gewährleisten. Eine besonders schwerwiegende, offen völkerrechtswidrige und von der überwiegenden Mehrheit der UNO-Mitgliedstaaten immer wieder nachdrücklich verurteilte Form der D. stellen der —» *Rassismus* und